

Pöfener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Freitag, 22. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Annoucen:
Annahme-Bureau:
In Posen an der Expedition dieser Zeitung (Wilschstr. 16.) bei G. J. Alrici & Co. Breitenstr. 14. in Gnesen bei H. Spindler, in Grätz bei J. Striffland, in Breslau bei Emil Kahl.

Annoucen:
Annahme-Bureau:
In Berlin, Dresden, Meissen, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. J. Alrici & Co. — Gansslein & Vogler, — Kadohly & Hoff. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidenthau.“

Nr. 53.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amthches.

Berlin, 21. Januar. Der König hat dem pens. Steuererheber Binkowski in Posen das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen, den Kreisger. Rath Dülschle in Zeitz zum Kreisger. Direktor in Lübeck, den Kreisger. Rath Kade in Tarnowitz zum Kreisger. Direktor in Galbe a. S., den Kreisger. Rath Neumann in Görlitz zum Kreisger. Direktor in Landeshut, den Kreisger. Rath Schmauch in Gnesen zum Kreisger. Direktor in Soldin, den Kreisger. Rath Wittke in Stallupönen zum Kreisger. Direktor in Heydekrug, und den Kreisger. Rath Guethe in Inowrazlaw zum Kreisger. Direktor in Grottkau ernannt.

In Folge des Erlasses des Präsidenten des Staats-Ministeriums werden die Geschäfte des Direktors der Staatsarchive bis auf Weiteres im Staatsministerium geführt. Die Eingaben und Gesuche werden daher fortan an das Präsidium des Staatsministeriums zu richten sein.

Der praktische Arzt Dr. Meher in Angerburg ist zum Kreis-Physikus des Kreises Heilsberg ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Bern, 20. Januar. Der Bundesrath hat, weil die Bauten im Gotthardt-Tunnel sich im Rückstande befinden, von der Direktion der Gotthardt-Bahn-Gesellschaft eine neue Vorlage des Bau-Programms verlangt.

Genf, 21. Januar. Der Staatsrath des Kantons hatte angeordnet, daß die Kirche in Compedres dem Kultusdepartement zum Zweck der Taufe eines Kindes, welches alt-katholischen Eltern angehört, zur Verfügung gestellt werde. Anlässlich dieser Taufe und einer zweiten in Bardonnex ist es indeß in diesen beiden Gemeinden zu Ruhefahrungen gekommen. Der Staatsrath hat deshalb die militärische Befehung beider Orte verfügt, mehrere Verhaftungen vornehmen lassen und die Maires der beiden Orte ihrer Stellen entzogen.

Madrid, 21. Januar. Die in London und Paris bestehenden spanischen Finanzkommissionen sollen bei Gelegenheit der bevorstehenden Einlösung der fälligen Coupons der spanischen auswärtigen Schuld anderweit organisiert werden. — Nach hier eingegangenen Nachrichten werden in den von den Carlisten besetzten Nordprovinzen die jungen Leute bis zum Alter von 17 Jahren herab zum Kriegsdienst ausgehoben.

Bayonne, 21. Januar. Die „Agence Havas“ meldet, 48 carlistische Offiziere in Bayonne hätten sich für König Alfons erklärt. Dieselbe erzählt aus Santander von gestern Abend, daß die vor Baranz erschienenen spanischen Kriegsschiffe morgen mit der Beschießung von Baranz beginnen würden.

London, 21. Januar. Dem Minister des Auswärtigen, Earl Derby wird seitens der englischen Protestanten eine Zuschrift überreicht werden, mit der Aufforderung, vor Anerkennung Don Alfons' auf vollkommene Glaubensfreiheit in Spanien zu bestehen. (S. L. B.)

Konstantinopel, 21. Januar. Dem „Nord“ wird aus Wien vom 20. d. gemeldet, daß die Initiative zu den energischen Vorstellungen, welche die Großmächte in der Bogoriza-Angelegenheit bei der Botschaft erhoben haben, von Rußland und Oesterreich ausgegangen ist. Diese beiden Mächte seien mit einander völlig im Einkommen und wären von Deutschland und Frankreich bei ihren diesbezüglichen Schritten unterstützt worden.

Montevideo, 21. Januar. Dem „Neuer'schen Bureau“ sind über Rio vom 18. d. weitere Nachrichten aus Montevideo zugegangen, nach welchen dort die befürchtete Revolution ausgebrochen ist. Der Präsident Claudi und die Regierung sind gestürzt; Pedro Barreta ist mit dem provisorischen Präsidium betraut. Die Stadt Montevideo ist ruhig.

Washington, 20. Januar. Der Präsident hat eine Volkskraft an den Kongreß gerichtet, in welcher er eine Verbesserung der zum Schutze der Küsten bestimmten Verteidigungsmaßregeln empfiehlt.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung.

Berlin, 21. Januar, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück u. A.

Die heutige Sitzung ist wesentlich dazu bestimmt mit Rückständen aufzuräumen und die letzten Tage der Session für das Bankgesetz und einige wichtige auf die Finanzgesetzgebung des Reiches bezügliche Vorlagen frei zu halten. Zunächst liegt noch der Bericht über einige angeordnete Wahlen vor, da das Haus die Feststellung der Legitimation seiner Mitglieder nicht länger verweigern darf. Die Wahl des Herzogs v. Ujest im 3. Doppelner Wahlkreis hat die 2. Abtheilung zu beanstanden und den Reichskanzler zu ersuchen beschlossen, die von ihr vorgeschlagenen Erhebungen anzuordnen, das Ergebnis derselben dem Reichstag mitzutheilen und zu veranlassen, daß das Verfahren des königlichen Landraths Himmel, welcher in unzulässiger Weise Stimmen für ungültig erklärte, entsprechend gerügt werde. Der Herzog ist nämlich mit einer Mehrheit von 100 Stimmen gegen den Fürsten Ferdinand Radziwill dadurch gewählt worden, daß das Wahlkommissariat die Abstimmungen in den zwei Wahlbezirken Rogau-Fischerei und Himmelwitz als ungültig und nichtig gar nicht mitzählte, wodurch der Herzog nur 79, sein Gegenkandidat aber 320 Stimmen verlor. Außerdem wurden dem letzteren 73 Stimmen abgezogen, weil sie nicht für den Fürsten, sondern den Prinzen Ferdinand Radziwill abgegeben waren.

Abg. Lingens und das Centrum beantragen die Wahl des Herzogs v. Ujest für ungültig zu erklären, den Reichskanzler aufzufordern, scheinung eine Neuwahl zu veranstalten und ihm die Wahlstimmen zu überweisen mit der Aufforderung: zu veranlassen, daß dem Landrath Himmel zu Kofel eine Rüge erteilt werde wegen seines Verhaltens bei Aufstellung des Wahlergebnisses und eine gerichtliche

Prüfung der in den Akten so wie im Nachtrage des Berichtes enthaltenen, insbesondere der von der Abtheilung für erheblich erachteten Fälle von Drohung und Bestechung, eventuell strafrechtliche Verfolgung herbeigeführt werde.

Nach weiter geht der Antrag des Abg. Parisius und der Fortschrittspartei, der auf Grund einer Berechnung, nach welcher Fürst Ferdinand Radziwill mit 11 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden ist, den Reichskanzler auffordert, die nötigen Schritte zur sofortigen Proklamierung des Fürsten Ferdinands Radziwill zu Berlin als erwählten Deputierten des dritten Wahlkreises des Regierungsbezirks Oppeln zu thun, und ihm die Akten zu überweisen mit der Aufforderung, den Wahlkommissar, Landrath Himmel zu Kofel, wegen seines gegenwärtigen Verhaltens bei Aufstellung des Wahlergebnisses eine Rüge zu erteilen und eine gerichtliche Prüfung der in den Akten enthaltenen Fälle von Drohung und Bestechung, eventuell Einleitung eines Strafverfahrens zu veranlassen.

Der Abg. Parisius bittet das Haus dringend, wenn nicht seinen, so doch wenigstens den Antrag Lingens' anzunehmen, damit nicht das bedenkliche Präzedenz geschaffen werde, daß der Bestand des Hauses von der Wahlproklamation eines gewissenlosen Wahlkommissars abhängig ist.

Abg. Bantls amendirt beide Anträge dahin: gegen den Wahlkommissar Landrath Himmel zu Kofel wegen Herbeiführung eines unrichtigen Ergebnisses der Wahlen die Einleitung eines Strafverfahrens zu veranlassen.

Für den Antrag der Abtheilung treten Graf Bethusy-Huc und Gneist ein: die Proklamation durch den Landrath habe den Abg. Herzog von Ujest fälschlich in den Reichstag berufen, dem es nicht zustehe, aus seiner Initiative den anderen Kandidaten einuberufen. Die Ab- und Zurechnung von Stimmen, die von verschiedenen Seiten versucht worden, um zu einem zahlenmäßig begründeten Resultat zu kommen, könne nicht dahin entscheiden, daß der Fürst Radziwill als Abgeordneter zu proklamieren sei, weil ja gegen dessen Wahl keine Proteste vorlägen und vielleicht auch die für diesen abgegebenen Stimmen angezogen werden könnten.

Abg. Lasker bestritt dem Wahlkommissarius das Recht, Stimmen, die schon für gültig oder für ungültig erklärt worden sind, nochmals materiell zu prüfen und für gültig erklärte Stimmen zu kassiren; das Geschäft des Wahlkommissars sei nur ein kalkulatorisches, sonst hätte man nicht wohl Staatsbeamte damit betraut, die im Uebrigen von allen Wahlgeschäften ausgeschlossen sind. Die Veröffentlichung dieses Falles, d. h. die Proklamirung könne daher auch, weil sie eben in diesem Falle eine geschwundene und daher unzulässige war, gar nicht die Wirkung haben, die der Abg. Graf Bethusy-Huc aus derselben herleiht; denn die Proklamation sei keine rechtsverjüngende Handlung, sondern nur die Konstatirung einer Thatfache, die an sich in den einzelnen Wahlhandlungen schon urkundlich feststeht. Diese Konstatirung könne aber niemals die Wirkung haben, den ausgesprochenen Willen der Wähler zu annulliren. Redner kann aber trotzdem dem Antrag Parisius nicht zustimmen und die Einberufung des anderen Kandidaten durch das Haus verlangen; anders würde sich die Sache stellen, wenn man sich am Anfang der Session befände; jetzt am Schlusse derselben könne er sich nur für einfache Ungültigkeitserklärung und Vornahme einer Neuwahl erklären.

Abg. Bantls bestritt die Ansichten Gneist's, deren logische Konsequenzen geradezu unabsehbar seien. Materiell ist Alles klar gelegt und bedarf der Untersuchung nicht mehr. Wenn der Wahlkommissar beim Polizeipräsidenten in Berlin anfragt, ob dafelbst ein Prinz Ferdinand Radziwill existire, und auf diese Frage eine verneinende Antwort erhält, so handelt er mala fide, wenn er selbst dann noch die auf jenen Namen lautenden Zettel für ungültig erklärt. Auch die Kassirung der Stimmen zweier Wahlbezirke trägt den Charakter des Vorläufigen, der nicht bloß eine Rüge verdient, sondern für ein Strafverfahren reif macht. Es genügt aber nicht die Wahl des Herzogs von Ujest für ungültig zu erklären, sondern man muß sie einfach kassiren und den Fürsten R. in das Haus berufen, der unweifelhaft die Majorität für sich gehabt hat. Der Abgeordnete Lasker theilt diese Auffassung, er würde ihr auch dieselbe Folge geben, wie der Redner, wenn man sich im Anfang der Session befände, aber er giebt sie preis, weil die Session sich ihrem Ende zuneigt, und läßt zwischen Brämisse und Schluß wieder einmal eine Lücke. Möge das deutsche Vaterland dabei bewahrt werden, daß der „Kulturkampf“ in solcher Weise auf die Wahlergebnisse nicht einwirkt.

Nach einem sehr eingehenden Referate des Abg. Baer wird der Antrag der Abtheilung mit 159 gegen 141 Stimmen abgelehnt (dagegen einzelne Nationalliberale, wie Lasker, v. Stauffenberg, Richter, Oppenheim, von den Konservativen Graf Wolke und v. Münnigerode); desgleichen wird der Antrag auf Gültigkeit der Wahl des Herzogs von Ujest mit allen Stimmen gegen die der deutschen Reichspartei und einzelner Konserverativer, zu denen Graf Wolke nicht gehört, abgelehnt; desgleichen wird der Antrag Parisius auf Einberufung des Fürsten Radziwill gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, des Centrum und der Polen abgelehnt; dagegen der Antrag Lingens auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herzogs v. Ujest mit sehr großer Majorität angenommen, jedoch ohne das Amendement Bantls, für das nur die Fortschrittspartei und das Centrum stimmten.

Es folgte der Bericht der 2. Abtheilung über die Wahl im 4. Doppelner Wahlkreis.

Berichterstatter Dr. Mayer (Donauwörth): Im 4. Doppelner Wahlkreis: Post-Gewitz und Lublitz sind im Ganzen 15,839 Stimmen abgegeben worden; von diesen wurden 763 für ungültig erklärt. Von den für gültig erklärten 15,076 Stimmen haben erhalten: Prinz Karl zu Hohenlohe-Ingelfingen 7,755, Rittergutsbesitzer v. Schalscha auf Frohnau 7,309, die übrigen Stimmen vertheilten sich. Die absolute Majorität der gültigen Stimmen beträgt 7,539; demnach hat Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen 216 Stimmen über die absolute Majorität erhalten, er ist als Abgeordneter proklamirt worden und hat die Wahl angenommen. Gegen die Wahl sind 18 Proteste beim Reichstage eingegangen. Bereits in der vorigen Session hätte die damalige 4. Abtheilung sich mit der Prüfung dieser Wahl beschäftigt und beantragt, dieselbe zu beanstanden. Wegen des Schlusses der Session kam der Antrag jedoch nicht mehr zur Verhandlung im Hause. — Die Protestirenden beklagten sich über ungebührliche Beeinflussung von Seiten der Ortsbehörden zu Gunsten des Prinzen Hohenlohe: so hat u. A. in einer vom Schulzen in dem Orte Sagnwald gehaltenen Gemeinde-Versammlung der Gemeindevorsteher Mangel öffentlich bekannt gemacht: Für den Reichstag ist und der Herr Landrath Prinz Hohenlohe als Kandidat angemessen, den sollt ihr am 10. Januar wählen. Ferner hat in dem Orte Niewische der Schulze Czajla unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung den Gemeindevorsteher in einer dazu einberufenen öffentlichen Versammlung die Wahl des Prinzen Hohenlohe geradezu und ausdrücklich anbefohlen, mit der Drohung: „Wenn Ihr dem Prinzen nicht Eure Stimmen

gibt, so verliert Ihr sofort die Arbeit und die Pacht, die Ihr vom Herzog von Ujest habt, und darauf müßt Ihr Euch unterschreiben.“ Ferner ist zu wiederholten Malen all in Dienst und Arbeit stehenden Leuten der drei Dörfer (Bonschowitz, Niekarm und Niewische), die alle dem herzoglich Ujest'schen Wirtschaftsinспектор baut unterliegen, sowohl durch diesen selbst, als auch in seinem Auftrage durch seine Schreiber, Scheuerwärter, Schaffer etc., mit sofortiger Dienst- resp. Arbeitsentlassung gedroht worden, falls sie ihre Stimme nicht dem Prinzen Karl von Hohenlohe geben würden. Es ist aber nicht nur gedroht worden, sondern es sei auch einem Jeden für willfährige Stimmgabe 6 Sgr. (resp. der Tagelohn für den Wahltag) versprochen worden. — Zum Beweise, daß diese Drohungen keine leeren Worte waren, bemerkt der Protist unter Aufzählung der Namen, daß wirklich Alle, die gegen den Prinzen Hohenlohe gestimmt hätten, sofort aus der Arbeit entlassen seien. — Endlich ist eine sehr große Anzahl von gedruckten Stimmmitteln, im Ganzen 691, welche auf den Namen von Schalscha abgegeben waren, von den betreffenden Wahlvorständen bei der Zählung allein für ungültig erklärt worden, weil sie auf zu dünnem und nach der Ansicht der Kommissare durchscheinenden Papiere gedruckt seien. Die Abtheilung entschied sich nach vorläufiger Prüfung dafür, daß eine große Zahl von gültigen Stimmmitteln, die auf von Schalscha lauteten von den Wahlvorständen mit Unrecht kassirt seien, daß der zum Abgeordneten proklamirte Prinz Hohenlohe nicht die Mehrheit behalte. Demgemäß beantragt die Abtheilung: die Wahl für ungültig zu erklären und den Reichskanzler aufzufordern, scheinung eine Neuwahl zu veranlassen und über die in den einzelnen Protesten behaupteten strafbaren Handlungen, soweit dies nicht bereits geschehen ist, nach Maßgabe der in der Abtheilung gefaßten Beschlüsse die gerichtliche Untersuchung zu veranlassen und das Ergebnis derselben dem Reichstage mitzutheilen.

Dagegen beantragen Kircher und Gneist die Wahl nur zu beanstanden mit derselben Aufforderung an den Reichskanzler wie die Abtheilung.

Nachdem Abg. Kircher seinen Antrag empfohlen, bemerkt Abg. Schröder: Vorkant: Schon vor 3 Jahren hat dieser Wahlkreis zu den allerhöchsten Reklamationen Anlaß gegeben, schon damals wurde dort eine ganz besondere Korruption bemerkt, die sich seitdem noch verschlimmert hat und jetzt als völlig inveterirt zu betrachten ist. Mit Recht hat man sie durch die manuelle Bildung der Bevölkerung erklärt, welche in diesem Winkel Oberschlesiens unter den Personen im Alter von mehr als 10 Jahren 25 Prozent Analphabeten aufweist. Es tritt aber noch hinzu, daß die Bauern in diesen armen Gegenden auf Waldstreu und andere Düngersurrogate aus den großen Wäldungen für ihre Acker angewiesen sind. Durch die bloße Drohung, sie ihnen zu entziehen, haben es die großen Wald- und Grundbesitzer in ihrer Macht, die Bauern bei den Wahlen nach ihrem Willen zu leiten, ebenso wie es die Behörden durch Androhung der Entziehung von Aemtern thun. Ganze Wahlkreise sind von dieser Art von Korruption, wie die Untersuchungen wiederholt gezeigt haben, infirt, daher mit der Strenge des Abtheilungsantrages dagegen vorgegangen werden muß. Daß katholische Geistliche die Vorteile ihrer Stellung bei den Wahlen in ähnlicher Weise, namentlich durch Benutzung des Beichtstuhles, mißbrauchen, ist eine Behauptung, der ich schon früher entgegengetreten bin und so nachdrücklich und rückhaltlos, daß ich sogar meine Erklärung in Tausenden von Abdrücken in den betreffenden Wahlkreisen verbreitet habe, damit die Hebung nicht im Zweifel darüber sei, daß nach meiner im Namen meiner Partei vor ganz Deutschland abgegebenen Auffassung der Mißbrauch des Beichtstuhls für Wahlzwecke nicht nur höchst verwerflich sei, sondern daß der betreffende Geistliche verdien, von seinem Vorgehenten zur Untersuchung gezogen und gerügt zu werden, ob er überhaupt noch nach solchem Mißbrauch die Fähigkeit besitzt, Geistlicher zu bleiben. Möge man uns daher endlich damit in Ruhe lassen!

Abg. Berger: Es handelt sich hier um dieselben Wahlkreise, die 1848 Kolbassa und Genossen in die preussische Nationalversammlung schickten, und in denen nach dem Eintritte der Reaktion Großgrundbesitz und katholische Geistlichkeit sich in die Mandate zu Volksvertretung brüderlich theilten, bis die bis dahin sich so zärtlich liebenden Brüder in Fehde geriethen, bei der wir jetzt als Schiedsrichter aufgerufen werden. Eines mag mir aber der Vorredner glauben: im Bank der Wahlbeeinflussung vermag ein Kaplan mehr als ein Großgrundbesitzer oder Bürgermeister, ein Dekan zehnmal mehr als zehn Landräthe und ein Bischof mehr als der Minister Graf zu Eulenburg. Ich will hier nur eine Thatfache aus dem Jahre 1871 anführen, die in der damaligen Kriegszeit wenig beachtet wurde. In einem ober-schlesischen Kreise befand sich damals ein politisch, journalistisch und wahlagitatorisch sehr ausgebildeter Kaplan. An dem Orte, wo er fungirte, erschien ein kleines Blättchen, „Der Oberschlesische Bürgerfreund“. Der Besitzer desselben hatte sich erlaubt, eine Annonce in seinem Blatte aufzunehmen, die gegen den Kaplan und seine Amtsbefugnisse gerichtet war. Darauf richtete dieser an den Besitzer des Blattes am 6. März 1871, vier Tage vor den Wahlen, folgendes Schreiben: „Sollt ich im „Oberschlesischen Bürgerfreund“ noch einmal eine Annonce gegen mich oder einen anderen Geistlichen finden, so werde ich die Existenzfähigkeit Ihres Blattes von der Kanzel herab vernichten.“ (Hört! links.) — Das Wort „vernichten“ war, um den Ernst des Schreibers deutlich zu machen, dreimal unterschrieben. Ich habe eine beglaubigte Abschrift dieses interessanten Dokumentes hier in meiner Hand. Der Geistliche drohte also von der Stelle aus, von der er verpflichtet war, das Evangelium der Bunderleihe und des Friedens zu lehren, die bürgerliche Existenz eines politischen Gegners zu vernichten. Und der Schreiber dieses Briefes war ein hochintelligenter Kaplan; wenn das aber am grünen Holz geschieht, was ist dann von solchen Kaplänen zu erwarten, die anstatt der Intelligenz nichts haben als ihren Fanatismus! (Beifall links.)

Abg. Parisius: Die Reden der beiden Vorredner waren sehr schön, aber durchaus nicht zur Sache; es kommt allein auf die Zettel an. Diese haben aber keineswegs solche Merkmale, daß sie äußerlich kenntlich wären. Der Name scheint bei allen bedruckten Zetteln mehr oder weniger durch. Auch hat der Wahlvorstand die Zettel unbedenklich angenommen und erst für ungültig erklärt, als sie aus der Urne herausgenommen wurden. Wollen Sie unbedingt verhindern, daß man durchscheinende Namen lese, so müssen Sie jedem Wähler ein Couvert in's Haus schicken, um den Stimmmittel hineinzustecken. Ich bitte Sie, den Antrag der Abtheilung anzunehmen.

Abg. Gneist: Auch ich bin der Ansicht, daß die Frage lediglich eine Zettelfrage ist. Es ist allerdings schwer zu entscheiden, was unter allen Umständen ein „äußeres Kennzeichen“ ist; aber es giebt gewisse Merkmale, die als äußere Kennzeichen im prägnantesten Sinne des Wortes erscheinen und solche liegen hier vor. Wenn die Zettel, die auf dem Tische des Hauses niedergelegt sind, so spezifisch sind, daß ich sie von meinem Blatte aus unterscheiden kann, so muß ich doch sagen, die Zettel haben äußere Kennzeichen. Wenn daher der Wahlvorstand die Zettel für ungültig erklärt hat, so halte ich mich nicht für

Berechtigt, sie nachträglich für gültig zu erklären. Sonst würde man am Ende dazu kommen, von Zetteln, die man auf Schußweite erkennen kann, zu sagen, sie haben kein äußeres Merkmal.

Abg. Reichenberger (Krefeld): Was das vom Herrn Abg. Berger angeführte Beispiel betrifft, so hat der Kaplan, wenn er von der Kanzel herab das gesagt hat, was behauptet worden ist, sehr Unrecht gethan. Im Uebrigen würde der Redakteur, den der Kaplan „vermieden“ wollte, ein sehr gutes Geschäft gemacht haben, denn er würde von der liberalen Partei reichlich dafür entschädigt worden sein, worin ihn der Kaplan benachteiligte. Was die Sache selbst betrifft, so kann ich dem Herrn Abg. Gneist auf die von ihm erzielene Höhe nicht folgen; er erfreut sich in seiner Aderhöhe eines so scharfen Blickes, wie ihn andere Sterbliche nicht besitzen. Ich bin fest davon überzeugt, daß solche Zettel, wie die hier vorliegenden, bei allen Wahlen vorgekommen sind und wir müßten in der That, wenn wir ganz sicher gehen wollten, jedem Wähler ein Kouvert ins Haus schicken.

Abg. Löwe bekräftigt den kirchlichen Antrag. Bei der Entscheidung läme es nicht darauf an, wie die Zettel den Mitgliedern des Hauses erscheinen, sondern wie sie dem Wahlvorstande vorgekommen sind.

Schließlich wird der Antrag Kircher auf Beanstandung der Wahl mit 160 gegen 136 Stimmen angenommen. Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 12 Uhr. (Auf der Tagesordnung stehen wiederum 14 Gegenstände. — Um 11 Uhr hat das preuss. Herrenhaus eine Sitzung.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 20. Jan. Auf Einladung des Abgeordneten Dr. Kasper hatten sich gestern Vormittags die Mitglieder der Justizkommission des Reichstags zusammengefunden, um über die Organisation derselben in Beratung zu treten. Vornehmlich handelt es sich um die Frage der Stellvertreter für den Fall, daß ein Mitglied der Kommission durch Krankheit oder unvorhergesehene Umstände verhindert sein sollte, an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Ueber diesen Punkt konnte indessen keine Einigung erzielt werden, die Regelung der Angelegenheit wurde den einzelnen Fraktionen überlassen, welche sich gestern Abend darüber schlüssig machen sollten. Im Prinzip sprach man sich indessen gegen das System der Stellvertretung nach der Richtung hin aus, daß das Plenum für jedes der 28 Kommissionsmitglieder einen Stellvertreter wählen sollte. Die einzelnen Fraktionen sollten vielmehr einige Mitglieder zu Stellvertretern ad hoc ernennen, jedoch mit der Maßgabe, daß im Ganzen höchstens 7 Mitglieder gewählt werden. Im Laufe der nächsten Woche wird die Kommission zu ihrer Konstituierung zusammentreten, in welcher der Abgeordnete Gneist zum Vorsitzenden ernannt werden dürfte. Die Justizkommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Schluß des preussischen Landtags, also gegen die Mitte des Monats Juni beginnen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Beratungen der Kommission einen Zeitraum von 3 bis 4 Monaten in Anspruch nehmen werden. Die im Hochsommer tagende Kommission wird einen Monat, wahrscheinlich den August hindurch ihre Beratungen aussetzen, um den angezogenen Reichsboten eine kurze Spanne Zeit zur Erholung und Ruhe zu gönnen. Da darnach der Oktober herankommen dürfte, ehe die Kommission die erste Sitzung der Justizkommission abgehalten wird, so ist es sehr zweifelhaft, ob schon der im Oktober wieder zusammentretende Reichstag mit der wichtigsten Materie sich beschäftigen können. Generalstaatsanwalt Schwarze wünscht, daß die Kommission sich in zwei Sektionen theilt, von denen die eine die Zivil-, die andere die Strafprozeßordnung diskutiert; dieser Antrag findet jedoch in liberalen Kreisen wenig Anhang. Nach Schluß der ersten Sitzung wird eine Redaktionskommission zusammentreten, um die Beschlüsse zusammenzustellen. (Börs. Cour.)

Brief- und Zeitungsberichte.

HB. Berlin, 21. Januar. In den hiesigen Regierungskreisen faßt man die Situation zwischen Montenegro und der Türkei ziemlich ernst auf, doch glaubt man, daß die Pforte, welche bereits durch Entlassung des Ministers des Auswärtigen einen Beweis ihres Einkennens gegeben hat, auch weiterhin nachgeben wird. Die drei Kaiserreiche sind entschlossen, in dieser Frage in vollster Uebereinstimmung zu handeln. — Die deutsche Regierung wird, sobald das Schreiben König Alfons' an Kaiser Wilhelm, das heute Nacht hier eintraf, überreicht worden ist, die offizielle Anerkennung des neuen spanischen Königthums aussprechen.

BAC. Berlin, 21. Januar. [Zur Lage der preussischen Reformgesetzgebung.] In der gegenwärtigen Landtagsession, die freilich erst zu Anfang Februar in Gang kommen kann, wird, wie auch schon in früheren Sessionen das Hauptinteresse sich den Vorlagen zuwenden, welche die Verwaltungsreform weiter zu führen bestimmt sind. Bevor der Landtag eröffnet wurde, ließen sich aus dem liberalen Lager Stimmen vernehmen, welche eine Sistirung der Reformpolitik für die westlichen Provinzen aus dem Grunde für opportun erklärten, weil aus der Gewährung eines größeren Maßes von Selbstverwaltung zunächst nur dem Ultramontanismus eine Verstärkung seiner gegenwärtig schon sehr starken Stellung erwachsen würde. Die wenigen Tage, während deren die Landtagsabgeordneten aus den verschiedenen Provinzen Gelegenheit gehabt haben, ihre Ansichten auszutauschen, haben ausgereicht, um einen Umschwung in der Stimmung zu erzielen. Es wurde bald nicht mehr über die Gesamtheit der Reform und über die Frage, ob es zweckmäßig sei, dieselbe für einzelne Provinzen zu sistiren, sondern nur über die Einzelheiten der in Aussicht gestellten Verwaltungsreformen und darüber diskutiert, ob die eine oder die andere der neuen Einrichtungen sich zur Einführung in die westlichen Provinzen empfehle oder dieser und jener Modifikation unterzogen werden müsse. Es berechtigt uns diese Wahrnehmung dazu, bei dem Ausdruck zu beharren, daß es eine unumgängliche Politik ist, das Reformwerk für einzelne Provinzen zu sistiren. Nicht bloß die fortschrittlicheren rheinischen Liberalen, sondern auch Solche, welche sich den konservativen Anschauungen nähern, haben erklärt, daß die Reform auch auf die westlichen Provinzen ausgedehnt werden müsse.

— Der „Staatsanz.“ schreibt: Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß es, bei der großen Menge amtlicher Schreiben und Eingaben, welche an Se. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck täglich gerichtet werden, zur Sicherstellung und Beschleunigung des Geschäftsganges wesentlich beitragen würde, wenn auch auf der Außenseite des Briefumschlages die Behörde bezeichnet wird, in deren Ressort die Sache einschlägt. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, unter die Adresse des Herrn Reichskanzlers, je nach Beschaffenheit des Falles, links unten die Worte zu setzen: „Reichskanzleramt“, „Auswärtiges Amt“, „Königlich preussisches Staatsministerium“ u. s. w.

— Nach der neuen Provinzialordnung, welche dem Landtage demnächst vorgelegt werden soll, wird der Geschäftskreis der Provinziallandtage eine bedeutende Erweiterung durch die ihm zugewiesene Verwaltung der Provinzialinstitute erfahren. Der Vorsitzende

wird von der Versammlung gewählt, die Sitzungen sind öffentlich. Die Geschäftstätigkeit des Ausschusses ist eine doppelte; einerseits hat er alle Vorlagen an die Provinziallandtage vorzubereiten, andererseits die Beschlüsse desselben auszuführen. Der Provinzialausschuß besteht aus einem Beamten, der den Titel Landeshauptmann oder Landesdirektor führt, als Vorsitzenden und einer durch besonderes Provinzialstatut festzusetzenden Anzahl von Mitgliedern, die auf sechs Jahre gewählt werden. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte derselben aus. Neben dem Provinzial-Ausschuße soll noch eine Anzahl höhere Beamte als Landes Syndici, Landarmendirektoren, Feuer- und Feuerversicherungsdirektoren und die nöthige Zahl von unteren Beamten angestellt werden, welche sämtliche Rechte und Pflichten von Staatsbeamten erhalten und den allgemeinen Disciplinargesetzen unterworfen sind. Die Provinzial-Landtage bestehen aus Vertretern der Stadt- und Landkreise, von denen jeder mindestens zwei Deputirte wählt. Hat ein Kreis 50,000 Einwohner, so stellt er drei und für jede weitere 50,000 noch einen Abgeordneten. Wählbar ist jeder Angehörige des Landes, welcher mindestens 30 Jahre alt, selbstständig, unbescholten und wenigstens drei Jahre in der Provinz anständig ist. Daraus ergibt sich, daß die Wahl der Abgeordneten nicht auf den betreffenden Kreis beschränkt ist.

— Wie die „Kreuzzeitung“ hört, sind die Geistlichen der Provinz Brandenburg unter Mittheilung von dem bevorstehenden Zusammentritt der Provinzialsynode angewiesen worden, am Sonntag vor der Eröffnung derselben den Gemeinden von diesem wichtigen und folgenschweren Schritt zur Weiterbildung der Verfassung der evangelischen Landeskirche Mittheilung zu machen und daran eine angemessene Fürsorge für die Synode und ihre Beratungen zu knüpfen. — Aus einem Orte in der Nähe von Potsdam wird eine Maßregel der kirchlichen Gemeindebehörden gemeldet, welche wohl noch der weiteren Befestigung bedarf. Der Pfarrer des Ortes soll am Neujahrstage der Gemeinde von der Kanzel herab mitgetheilt haben, daß der Gemeindeführer beschließen habe, alle diejenigen, welche sich nur vor dem Zivilstandsbeamten trauen und ihre Kinder nicht taufen lassen, seitens des Gemeindeführers einmal aufgefordert werden würden, den kirchlichen Pflichten nachzukommen, andernfalls die betreffenden Personen von dem Genusse des Abendmahls und der Ausübung der Rechte als Gemeindeführer resp. von der Annahme kirchlicher Ehrenämter ausgeschlossen werden sollen.

— Zu dem Gesetzentwurf über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung ist von dem Abg. v. Parzewski u. Gen. für die dritte Lesung folgender Antrag gestellt worden: Dem § 12 als besonderes Alinea hinzuzufügen: „In den ehemaligen polnischen Landestheilen sollen auf Verlangen der Parteien die zu 1 bis 6 erforderlichen Eintragungen sowohl in der deutschen, als auch in der polnischen Sprache erfolgen.“ Unterzeichnet ist der Antrag von Mitgliedern der polnischen Fraktion und des Centrum.

— Zu dem großen Hoffest, welches heute (Donnerstag) stattfindet, sind zahlreiche Einladungen an Mitglieder des Reichstages und des Landtages ergangen. Interessant ist, daß sich die Angehörigen der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften in getrennten Räumen aufhalten haben, um von ihren Präsidenten den Majestäten vorgestellt zu werden.

— Der polnische Präsident v. Madai hat neuerdings zur Vermeidung unnötigen Schreibwerks die Anwendung der Höflichkeitssformeln in internen amtlichen Verkehr für seine Person sich vorbehalten. Der Mißbrauch, der in dieser Beziehung mit den Höflichkeitssformeln „chrysielny“, „hochgenießt“, „sehr gefällt“, „ganz sehr ergehet“, bei vielen Behörden getrieben wird, ist in der That unendlich, und das Beispiel des Herrn v. Madai dürfte deshalb Nachfolge finden. Die Anwendung der Achtungsprädikate gegen das Publikum wird hierdurch nicht berührt. Im Gegentheil hält der hiesige polnische Präsident streng darauf, daß Anreden und Titulaturen in den Bescheiden der Behörde sich in den herkömmlichen Formen bewegen.

Magdeburg, 21. Januar. Hier ist gestern eine Konferenz von Geistlichen der extrem kirchlichen Richtung abgehalten worden, in welcher man über die Haltung den Provinzialsynoden gegenüber und über die denselben zu machenden Vorschläge beriet. Den Hauptgegenstand der Debatten bildete das durch die quadauer Konferenz berühmt gewordene Transformular. Man einigte sich dahin, bei der sächsischen Provinzialsynode zu beantragen, daß dieselbe bei dem König die Befestigung der Kabinetordre König Friedrich Wilhelm IV. befristete, nach welcher kein evangelischer Geistlicher gezwungen werden kann, Personen wiederzutruhen, welche aus schriftwidrigen Gründen geschieden worden sind. Außerdem beschloß man, dem Oberkirchenrathe die Bitte vorzulegen, daß er die Provinzialsynoden veranlasse, sich neben den Aufgaben, die ihnen vorgelegt werden sollen, auch über die wichtigsten Differenzpunkte zu erklären. Die Einwendung des General-Superintendenten, daß dies Letztere allein Sache der Generalsynode sei, wurde abgewiesen und die obigen Vorschläge fast einstimmig angenommen.

Athen, 15. Januar. Ueber das bereits gemeldete Duell zwischen dem italienischen Konsul Gallian in Athen und dem russischen Gesandten Saburoff bringt die „Gazetta d'Italia“ nach einer Korrespondenz aus Athen folgenden ausführlichen Bericht:

Der Konsul Herr Gallian, weilt seit vielen Jahren in Athen und gilt beinahe für einen Griechen. Er ist bei Griechen und Italienern gleich angesehen. Mit einer Griechin verheiratet, hatte er von derselben ein Kind, und ihr Leben verlor rubig und heiter. Aber da trotz der Dämon der Verführung unter der Gestalt des russischen Gesandten Saburoff in das Haus Gallian's und mit dem Versprechen, sie nach herrlicher Erziehung zu heirathen, gewann er die Frau für sich. Aber die griechischen und italienischen Gesetze stehen einem solchen Vorgang entgegen. Die Entrüstung unter der Bevölkerung von Athen war eine allgemeine, und der Konsul mußte die Frau, welche den Anlaß zu diesem Skandal gegeben hatte, in die Familie zurückführen. Als die Sache aufgekomen war, forderte Gallian den russischen Gesandten zum Zweikampf. Der Geforderte lehnte das Duell hartnäckig ab und erklärte bloß, er werde, wenn ihn der Konsul auf der Straße provocire, seinen Gegner mit einem Degenstoß tödten. Als sich endlich die beiden Streitenden auf der Straße begegneten, sagte Gallian zu Saburoff: „Nach den Intimen, welche Sie mir ansehan haben, muß ich Ihnen sagen, daß Sie ein Feind, ein Verräther, eine Canaille sind.“ Das brachte endlich den Russen in die Hitze, und er nahm das Duell an. Die Distanz wurde zuerst auf 25, dann auf 15 Schritte bestimmt. Beim ersten Schuß wurde dem Russen der linke Arm vermisst. Gallian blieb unverwundet und wurde bei seiner Rückkehr mit allgemeiner Theilnahme empfangen.

Prozeß Silberstein.

Berlin, 20. Januar.

Vor dem Königl. Stadtgericht wurde heut der Fälschungsprozeß gegen die Gebr. Silberstein verhandelt. Auf der Anklagebank nahmen

die Banquiers Lesser Silberstein, 30 Jahre alt, mosaisch, Carl Silberstein, 27 Jahre alt, mosaisch, Prag. An dem Vertheidiger sitzen die Herren Abgeordneter Traeger und Rechtsanwält Munde. — Am 19. März 1874 Vormittags 9 Uhr 50 Minuten stieg ein Passagier am Bahnhof Friedrichsbad aus dem von Berlin gekommenen Passagierzuge aus und übergab dem Schaffner des Zuges Kummer zur sofortigen Beforgung folgende Depesche: „Engelhardt, Berliner Börse. Kaufen Sie 120 Stück Lüttich-Limburger zum Course, dagegen verkaufen Sie 4000 Stück konsolidirte Anteile zum Course, Stücke sende heute, sollen heute noch „steltuit“ werden, deshalb depeschirt, da für Briefe zu spät. Brief folgt. F. Friele in Fehrbellin. Der Passagier ist nicht ermittelt worden. Beide Angeklagte sind geboren in Fehrbellin. — Der erwähnte Passagier fuhr mit dem genannten Zuge weiter, stieg in Neustadt a. D. aus und fuhr aufsteigend mit dem Omnibus nach Neukölln, nachdem er am Bahnhofe zu Neustadt um 9 Uhr 55 Min. folgende 2. Depesche abgefaßt hatte: „Diskonto-Gesellschaft zu Berlin. Berlin v. B. B. Verkauf 5000 Berlin Oblicher Stammaktien zum Course. Stücke unterweg und kauft 150 Stück Lüttich-Limburger zum Tagcourse. Brief folgt. F. C. Gens in Neuruppin.“ — Am Vormittag des 20. März 1874 wurden in Berlin, theils am Oranienburger Thor 10 Uhr 55 Minuten, im Telegraphen-Amt Französischestr. 11 Uhr, in der Passage 11 Uhr 18 Minuten, folgende drei Depeschen aufgegeben: 1) Guttenberg und Goldschmidt, Berliner Börse. Kaufet 75 Stück Lüttich-Limburger zum Tagcourse. Bin Nachmittags im Comtoir. W. S. Goldschmidt.“ — 2) „L. M. Hamburger, Berliner Börse. Feise durch, keine Zeit vorzukommen, morgen wieder hier. Kaufe heute zum Course 160 Stück Lüttich-Limburer, verkaufe 5000 Stück Bergische Stammaktien. Stücke bringe morgen selbst. Berneim in Greifswald.“ — 3) „S. W. Brandes, Berliner Börse. Kaufe an heutiger Börse 100 Stück Lüttich-Limburer zum Course, dagegen verkaufe 3000 Moskauer Eisenbahn-Aktien zum Course. Konnte nicht vorkommen, reise durch, keine Zeit. Morgen wieder hier, bringe Stücke selbst zu Ihnen. Alexander in Pasewalk.“ In Folge dieser Depeschen stiegen Lüttich-Limburger in Folge der Nachfrage um 1/2 Prozent, sie stiegen 20 und kamen auf 20%, fielen dagegen in den nächsten Tagen um mehrere Procente. — Beide Angeklagte sind seit dem 21. Mai 1872 als Inhaber der Hanlung F. F. Sil erstein Söhne in das hiesige Handelsregister eingetragen (Krausenstraße 9, Bankier-Gesellschaft). In Folge einer Arrestlage des Kaufmanns v. Landenberg wurden den Angeklagten am 20. Mai 1873 150 Stück Lüttich-Limburer mit Arrest belegt und erst am 31. Debr. wieder ausgeantwortet. Im Kopirbuch der Angeklagten findet sich eine Kopie eines am 14. März 1874 an den Kaufmann Lesinski in Hameln gerichteten Schreibens, worin Lesser Silberstein versichert, daß er gut informiert sei und daß Lüttich-Limburger Aktien in nächster Zeit eine große Rolle spielen werden. In Bezug dieser Aktien verweist er ferner in dem Schreiben auf einen Artikel in der Abendnummer 114 der „Börsenzeitung“ vom März 1874 und vom 9. März 1874 in Salina's Börsenblatt. Bei einer Hausdurchsuchung bei den Angeklagten am 20. Mai 1874 fanden sich bei diesem nur 125 Stück Lüttich-Limburer Aktien und eine Anzahl Dividendencheque über diese Papiere vor. Man fand ferner einen Brief an den Vater des Angeklagten S. J. Silberstein, in welchem demselben mitgetheilt wurde, daß 30 Stück Lüttich-Limburer Eisenbahn-Stammaktien zum Course von 21 1/2 Prozent per ult April täglich nach seiner Wahl veräußert werden werden. Bilder der Firma über deren Geschäftsführung vom August 1873 bis Mai 1874 waren nicht aufzufinden. Im Kopirbuch und Börsennotizbuch fehlen diverse herangezogene Blätter, besonders solche vom 23. März und 1. April. Silberstein will die Blätter aus dem Kopirbuch öfter aus Angewohnheit herausgerissen haben, da er sie stets zu Cigaretten-Papier verwanzt habe. Nach dem Gutachten der Schreibverständigen Kaiserlich Kaiserl. und Kaiserl. Inspecor Gottschalk rüben die Originalen zu den fünf Depeschen von der Hand des Carl Silberstein her, man fand nämlich in Silberstein'schen Comtoir ein Stück Papier von derselben Beschaffenheit wie dasjenige, auf welchem die von Schaffner Kummer auf dem Bahnhof in Friedrichsbad übergebene Depesche geschrieben ist, ferner ein Stück Unterlage-Papier, wo die Einricke vom Bleistift der Original-Depeschen, theils trenn wiederzufinden sind. Am 19. und 20. März gingen Carl Silberstein, der Vater der Männer und der Buchhalter Kramer geschäftig umher und äugerten, daß Lüttich-Limburer höher geben müssen und 24 Prozent erreichen werden. Der Angeklagte Lesser Silberstein belegte die in Rede stehenden Depeschen, von denen beide Angeklagten keine Ahnung haben wollen, mit dem technischen Ausdruck „Kumpische Depeschen“. Die Angeklagten, mit den Berhältnissen der in den Depeschen genannten Firmen wohl vertraut, werden beschuldigt, diese sämtlichen fünf Depeschen fälschlich angefertigt zu haben und im Inland von diesen falschen Urkunden zum Zwecke einer Täuschung und in der ferneren Absicht sich einen Vermögensvorthil zu verschaffen, Gebrauch gemacht zu haben.

Den Geschworenen werden nach Abgabe der Gutachten der Sachverständigen, die in Rede stehenden Dokumente, nämlich das in Beschlag genommene Notizbuch des Angeklagten Carl Silberstein, dessen mit seiner Handschrift versehene Visitenkarte, die erwähnte Unterlage wie das Stück Papier und die fünf Depeschen im Original herangebracht und zwar auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft. — Der Staatsanwalt v. Barsdorf begründete seine Anklage hierauf, indem er die Zeugenausagen rekapitulirte, dahingehend, daß dieselben die Depeschen als gefälscht bezeichnen und beschwören. Sämtliche fünf Depeschen beorderten eine Sorte und zwar Lüttich-Limburer Aktien, um ein Börsenmandat auszuführen. Die Angeklagten geben zu, seiner Zeit keine anderen Wertpapiere als Lüttich-Limburer Aktien besitzen zu haben. Beide hatten das Interesse, ihr Vermögen zu vermehren und konnten das nur durch Steigen der Aktien erreichen, und wenn, wie Carl Silberstein angiebt, er aus der Firma geschieden war, aber noch Forderungen an dieselbe hatte, so hatte er ein doppeltes Interesse am Steigen der Aktien, nämlich sicher und bald sein Geld aus der Firma herausziehen zu können. — Der Reichstagsabgeordnete Traeger als Vertheidiger des Lesser Silberstein giebt den objektiven Thatbestand der Anklage vollständig zu, den subjektiven Thatbestand aber verneint er. Er giebt den Beweis der Handschriftsvergleichungen und nennt ihn den unglücklichsten in unserer Praxis. Er weist nach, daß die Angeklagten gar keinen Vorthil von den Mandatieren durch die Depeschen hatten, denn sie hielten ihre Aktien fest in Händen, was sie nicht wohl gethan hätten, wenn die Mandatieren von ihnen ausgegangen wären, sie hätten alsdann nur ihren Vorthil gesucht und die erste Steigerung der Aktien wahrgenommen. Die laze Moral der Börse, die Unbescholtenheit des Angeklagten, führt der Vertheidiger, falls wider Erwarten die Herren Geschworenen seinen Klienten schuldig befinden sollten, noch schließlich zur Begründung mildernder Umstände für denselben an, erwarie jedoch dessen unbedingte völlige Freisprechung. Der Staatsanwalt Munde schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Traeger in längerer Rede, überläßt auch für seinen Klienten Carl Silberstein an, und führt nur noch, und zwar mit einem Gesicht an, daß der Angeklagte, der mit Alexander in Pasewalk befaßt sei, unzulässig telegraphiren werde, daß dieser am Sonnabend eine Reise mache, da Alexander ein bekannter sehr orthodoxer Fraeakt sei, und es seinen Geschäftsfreunden genugsam bekannt, daß er unter keinen Umständen an einem Sabbath irgend welche Geschäfte machen würde. Diese Thatfache allein spreche schon deutlich dafür, daß sein Klient eine solche Depesche nicht in die Welt gesetzt haben würde, weil sie gerade das Gegentheil davon erreicht hätte, was sie erreichen sollte. Die Staatsanwaltschaft spricht sich gegen die Annahme der mildernden Umstände aus, da diese Fälschung von Depeschen einen großen Grad von Raffinement andeute, und die Börse in ihren Grundpfeilern erschütterte, da dann alles Vertrauen aus derselben hinausgedrängt ist. Nach ihrem Refumé des Präsidenten, Stadtgerichtsrath Martin's, werden den Geschworenen 10 Fragen vorgelegt und zwar zu jeder Depesche, auf je einen Angeklagten eine Frage. Die Geschworenen zogen sich in ihr Verhandlungszimmer um 5 Uhr Nachmittags zurück und sprachen um 6 1/2 Uhr das Schulda über beide Angeklagte aus, doch bewilligen sie ihnen mildernde Umstände. Die Staatsanwaltschaft beantragte 2 Jahre Gefängniß gegen jeden der beiden Angeklagten, sowie gegen jeden 2 Jahre

